

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Türkei: Partner JA, Mitglied NEIN

In einem von den Europaabgeordneten verabschiedeten Bericht fordern die Parlamentarier in Straßburg, alle noch verbliebenen Handelshemmnisse zwischen der Europäischen Union und der Türkei endlich zu beseitigen. Dazu zählen sie Doppelprüfungen, die Nichtanerkennung von Zertifizierung, Doppelinspektionen sowie technische Bestimmungen und Normen. Auch umständliche Einfuhrverfahren sollen nach Forderung der Abgeordneten beseitigt werden, ebenso behindern noch immer Visumprobleme die Einreise von Geschäftsleuten und Lkw-Fahrern den Aufbau wirtschaftlicher Kontakte.

Die 1996 errichtete Zollunion zwischen der EU und der Türkei hat bisher für Industrieerzeugnisse und landwirtschaft-

liche Verarbeitungserzeugnisse einen besseren Marktzugang ermöglicht. Die Abgeordneten hoffen, dass die Zollunion vertieft wird, um weitere Bereiche wie Dienstleistungen und öffentliches Beschaffungswesen einzubeziehen.

Die Türkei ist der siebtgrößte Handelspartner der EU und die EU ist der größte Handelspartner für die Türkei. Im Jahr 2009 hat die Türkei Waren im Wert von 33,6 Milliarden Euro in die EU exportiert und Waren im Wert von 40,4 Milliarden Euro aus der EU importiert. Außerdem stammen 88 Prozent der gesamten ausländischen Direktinvestitionen in der Türkei aus der EU.

Das Parlament begrüßte darüber hinaus das positive Ergebnis des Referendums

zur Verfassungsreform der Türkei. Dr. Thomas Ulmer zeigt sich jedoch weiter realistisch: „Die Reform bringt uns langfristig nicht weiter. Ein Beitritt der Türkei zur Europäischen Union ist nach wie vor nicht denkbar. Statt unehrlicher Verhandlungen plädiere ich weiter für eine privilegierte Partnerschaft mit der Türkei.“

Gegen einen Beitritt der Türkei sprechen noch immer menschenrechtliche Bedenken. Außerdem müssten sich vor einem Beitritt sowohl Frankreich als auch Österreich in Volksabstimmungen für den „Neuzugang“ aussprechen. Auch dass die Türkei weiterhin die



schwierigen Beziehungen zu Zypern nicht zu klären bereit ist, verhindert eine Aufnahme.

Die Abgeordneten bedauern in diesem Zusammenhang, dass die Türkei nach fünf Jahren noch immer nicht das Zusatzprotokoll zum EG-Türkei-Assoziierungsabkommen umgesetzt habe. Dieses Abkommen garantiert den Zugang aller EU-Mitgliedstaaten, einschließlich Zyperns, zu Flughäfen und Häfen in der Türkei.

Europäische Wirtschaft gewinnt an Fahrt

Schneller als erwartet hat sich die europäische Wirtschaft erholt. Eine geringe Inflation, wachsende Inlandsnachfrage und ein moderates Wachstum stimmen optimistisch. Für Deutschland wurde die Prognose sogar deutlich auf 3,4 % angehoben.

Auch Dr. Thomas Ulmer, Mitglied des Europäischen Parlaments, bewertet die Anzeichen positiv: „Der Aufschwung fällt deutlicher aus als im Frühjahr vorhergesagt, und die wachsende Inlandsnachfrage ist ein ermutigendes Signal für den Beschäftigungsmarkt.“ Dennoch, so Ulmer, hätten die Haushaltskonsolidierung und die Stabilisierung der Finanzmärkte nach wie vor Vorrang. Strukturelle Reformen müssten bald auf den Weg gebracht werden, um das Wachstumspotential auszubauen.

In der EU liegt die Prognose für 2010 für das Realwachstum des BIP bei 1,8 % für den Euroraum bei 1,7 %. Auch die Inflationsrate bleibt 2010 bei 1,8 % stabil.

Im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn steht der „Wachstumsmotor Deutschland“ vergleichsweise gut da. Im Gegensatz zum für Deutschland prognostizierten Gesamtwachstum für 2010 in Höhe von 3,4 % muss Spanien mit -0,3 % rechnen, Italien kommt auf magere 1,1 %. Der Aufschwung basiert auf vielen Wirtschaftszweigen. Von besonderer Bedeutung ist jedoch die Inlandsnachfrage. Private Investitionen und der private Verbrauch haben deutlich zugelegt und haben inzwischen sogar eine größere Bedeutung als der Export. Die starke Nachfrage im Inland kann sogar die schwächelnde globale Nachfrage ausgleichen.



NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Neue EU-Regeln für sichere Erdgasversorgung

In diesen Tagen hat das Europäische Parlament in Straßburg neue Regeln zur Sicherung der Gasversorgung verabschiedet. Damit sollen in Zukunft die Anfälligkeit für künftige Störungen vermindert und die Entwicklung von Infrastrukturen auf nationaler Ebene und EU-Ebene gefördert werden. Damit werden nicht nur Marktmechanismen besser geregelt, sondern in erster Linie Privathaushalte geschützt. Versorgungskrisen, wie es sie in der Vergangenheit gegeben hat, sollen damit in Zukunft verhindert werden.

Die Verordnung sei ein mächtiges Instrument zur Verbesserung der Gasversorgungssicherheit und ein Meilenstein für die Europäische Union. Auch der nordbadische Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer unterstützt die neue Regelung: „In Zukunft kann so keinem Haushalt mehr der Gashahn zugekehrt werden. Wenn die Gesetze rasch umgesetzt werden, so ist dies auch eine wichtige Botschaft an unsere Lieferanten, dass Europa in Krisen für alle einsteht und alle für einen einsteht.“

Um die Gasnetze europaweit auszubauen, stellt die Kommission 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung.

Sollte in Zukunft aufgrund einer schwerwiegenden Lieferunterbrechung oder einer außerordentlich hohen Nachfrage wieder eine Krisensituation eintreten, so würde der betroffene Mitgliedstaat eine nationale Notfallreaktion starten, die sich in Frühwarn-, Alarm- und Notfallstufe einteilen lässt. Nach diesen Plänen muss im Notfall der grenzüberschreitende Zugang zu Speichereinrichtungen und grenzüberschreitenden Lastflüssen gewährleistet werden.

Strengere Regeln für Biozide

Für die Zulassung von Bioziden soll es nach dem Votum des Europaparlaments in Zukunft Mindeststandards geben. Für eine entsprechende Verordnung haben sich in diesen Tagen die Abgeordneten in Straßburg ausgesprochen.

Biozide werden in erster Linie im Reinigungs- und Hygienebereich verwendet und sollen vor Bakterien und Ungeziefer schützen. Darüber hinaus werden sie in Farben, Holzschutzmitteln oder Lacken sowie in behandelten Stoffen und Möbeln als Schutz- und Konservierungsmittel verwendet.

„Mit den neuen Vorgaben wollen wir für mehr Sicherheit für die Anwender, die Verbraucher und die Umwelt sorgen - und das zu gleich hohen Standards überall in der EU“, sagte die CDU-Berichterstatlerin im Europaparlament, Christa Kläß.

Auch der nordbadische Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament, begrüßte die Initiative: „Strengere Zulassungskriterien sind überfällig. Stoffe, die bekanntlich giftig, gefährlich und gesundheitsschädlich sind, dürfen in der Europäischen Union nicht zugelassen werden.“

Auch der Import von mit Bioziden behandelten Produkten aus Drittstaaten soll strengen Auflagen unterworfen werden. Künftig dürfen etwa behandelte Möbel oder Stoffe nicht mehr eingeführt werden, die den EU-Sicherheitsstandards nicht genügen.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU). Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21, 74621 Mosbach, Telefon 06261.893991, Telefax 06261.893069
Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454
Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: 12-11-09 Pano heni 6.jpg Copyright: © Photo Parlement Européen;
Segel © Rebel - Fotolia.com, Türkei-Fahne © Huebi - Fotolia.com, Figur News © Kostakostov - Fotolia.com

Texte: Dr. Thomas Ulmer MdEP

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu

Gen-Lachs für Europa nicht vorstellbar

In den USA könnte bald ein genetisch veränderter Lachs in den Supermarkthallen landen. Die zuständige Behörde hat den Verzehr des Fisches als unbedenklich eingestuft.

Während die deutschen und europäischen Verbraucher äußerst skeptisch sind, floriert in den USA der Handel mit Gen-Lebensmitteln. Bei Mais, Baumwolle und Soja hält Gentechnik-Saatgut einen Anteil von etwa 90 %. Nun könnte auch bald der Gen-Lachs kommen. Der behandelte Lachs erreicht durch ein spezielles Wachstums-Gen innerhalb von 16 bis 18 Monaten sein Verkaufsgewicht von 18 kg. Ein konventionell gezüchteter Lachs hingegen benötigt 30 Monate.

„Solche Entwicklungen halten wir für ethisch bedenklich. Die langfristigen Folgen sind nicht abzuschätzen und eine Übertragung der fremden Gene auf herkömmliche Fische kann nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden“, so Dr. Thomas Ulmer, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Umweltfragen im Europäischen Parlament.

Im Zuge der Debatte um das sogenannte „Novel Food“ erneuerten die Abgeordneten ihren Aufruf für ein Verbot von Lebensmitteln von geklonten Tieren. Zurzeit gibt es keine EU-Regeln, die ausdrücklich Fleisch und Molkeerzeugnisse von geklonten Tieren verbieten. Eine deutliche Mehrheit im Europaparlament unterstützt die Einwände gegen die industrielle Produktion von geklontem Fleisch für Lebensmittel. Geklonte Tiere leiden häufiger unter Krankheiten, Fehlbildungen und sterben früher. Die Abgeordneten fordern seit Jahren eine angemessene Regelung und fordern die Kommission auf, hier endlich aktiv zu werden.

EU-Parlament setzt starke Finanzmarktaufsicht durch

Das Europaparlament hat eine starke EU-Finanzmarktaufsicht durchgesetzt und verabschiedete in diesen Tagen die neue EU-Aufsichtsaufsicht für die Finanzmärkte. Danach soll die Finanzmarktaufsicht über grenzüberschreitend tätige Großbanken oder Versicherungen künftig nicht mehr in der Hand der nationalen Aufseher liegen, sondern soll bei einem EU-Gremium angesiedelt sein. In Krisensituationen, wenn ein Konzern in Schieflage gerät, soll die europäische Aufsicht das letzte Entscheidungsrecht über die zu treffenden Maßnahmen haben. Das soll auch für sonstige Fälle gelten, in denen sich die nationalen Aufsichtsbehörden nicht einigen können.

Dr. Thomas Ulmer, Europaabgeordneter aus dem badischen Mosbach, unterstützt den Erfolg des Parlaments: „Wir haben uns hier fraktionsübergreifend für eine starke EU-Aufsicht eingesetzt und haben sie auch durchgesetzt. Nach der Euro-Krise ist dies für die künftige Stabilität des Finanzmarktes ein echter Quantensprung.“

Die künftige EU-Finanzmarktaufsicht soll aus drei Behörden bestehen, der Wertpapieraufsicht (ESMA), der Versicherungs- und Pensionsfondsaufsicht (EIOPA) sowie der Bankenaufsicht (EBA). Die drei neuen Behörden sollen bereits Anfang 2011 ihre Arbeit aufnehmen und sind auf die Standorte London (Banken), Frankfurt (Versicherungen) und Paris (Börsen) verteilt. Ob diese Aufteilung in der Praxis funktioniert, soll die Kommission im Laufe des kommenden Jahres überprüfen.

